Industrie in Mecklenburg. Der einzige Vorzug der dieser Verfassung seien die Diäten, wenigstens erhielten die Bürgermeister solche. Man habe sich immer mit dem Doppelspruche abzufinden gesucht: „Ist das Volk unruhig, so ist es noch nicht reif zu einer Verfassung, ist es aber ruhig, so ist es zufrieden.“ (Sehr gut! links.) Vor ein paar Tagen bei Erörterung des Bergarbeiterstreiks sagte Herr Stöcker: Könige haben sich dem konstitutionellen Gedanken fügen müssen, weshalb also nicht auch Grubenbesitzer? Er sage: Weshalb nicht auch mecklenburgische Gutsbesitzer. Der Bundesrat sollte jetzt, schon im Interesse seiner Autorität, im Sinne der Interpellation handeln. (Beifall.) — Abg. Sattler (nat.-lib.) begreift die ablehnende Antwort des mecklenburgischen Bevollmächtigten gegenüber der Anfrage nicht. Angesichts der offenbar großen Rechtlosigkeit der mecklenburgischen Bevölkerung hätte doch zu einer so schroffen Antwort kein Anlaß vorgelegen. — Abg. v. Hodenberg (Welfe) ist befriedigt von der Antwort des Staatssekretärs und von dessen Betonung des föderativen Charakters des Reiches. Er selbst wünsche aber und hoffe, daß die mecklenburgische Ritterschaft freiwillig geben werde, was ihr abgezwungen werden solle. — Abg. Spahn (Zentr.) wiederholt, auch seine Freunde wünschten für Mecklenburg eine Verfassung, und zwar eine solche, in der auch die Rechte der Konfessionen, speziell der Katholiken, geregelt würden. — Abg. v. Oldenburg (kons.) beansprucht für Mecklenburg das Recht, sich eine Verfassung nach seinem Belieben zu geben. — Abg. Pachnicke führt nochmals aus, der Reichstag habe das Recht zur Initiative auch in solchen Dingen. — Staatssekretär Graf Posadowsky: Nach Artikel 31 der Verfassung hat der Reichstag dieses Recht doch nur „innerhalb der Kompetenz des Reiches“. — Damit schließt die Besprechung. Schluß der Sitzung 5½ Uhr. — Morgen 1 Uhr: Postetat.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der Seniorenkonvent des Reichstags beschloß heute eine Ehrung des Direktors beim Reichstage, Geh. Regierungsrat Knack, der am 12. Februar sein fünfzigjähriges Dienstjubiläum begeht. — Die Reichstagskommission zur Vorberatung der Novelle zur Zivilprozeß-Ordnung und des Kompromißantrags auf Aenderung des Gerichtsverfassungsgesetzes trat heute nach längerer Pause wieder zusammen, um über eine Anzahl Petitionen betreffs der Frage, ob der Begründungszwang eingeführt werden solle, zu beraten. Zu einer Abstimmung kam es nicht.

Preußischer Landtag.

Berlin. (Priv.-Tel.) Im Abgeordnetenhause erklärte Freiherr v. Zedlitz zur Geschäftsordnung: Da der Reichskanzler die Interpellation der Konservativen über die Handelsverträge im Reichstage noch nicht beantwortet hat, so haben meine Parteifreunde den Wunsch, daß die Kanalvorlage noch nicht am 31. Januar auf die Tagesordnung gesetzt wird, sondern frühestens am 3. Februar. Redner bat den Präsidenten, seine Dispositionen dahin zu ändern. Redner aller Parteien schlossen sich dem Vorschlage an, bezw. erklärten, demselben nicht entgegentreten zu wollen. — Präsident v. Kröcher teilte mit, er habe vorschlagen wollen, die Kanalvorlage am Dienstag auf die Tagesordnung zu setzen. Die Entscheidung darüber werde voraussichtlich am Schluß der Sonnabendsitzung kommen. — Dann wurde die Beratung des Etats der landwirtschaftlichen Verwaltung fortgesetzt. — Abg. Glatzel (nat.-lib.) erklärte, seine Freunde seien bestrebt, der Landwirtschaft nach Kräften zu helfen. Die Interessen von Landwirtschaft und Industrie gingen Hand in Hand. Die Landwirtschaft möge sich mehr als bisher auf die Viehzucht legen. Zur Förderung der Viehzucht werde die Veranstaltung von Tierschauen wesentlich beitragen. Eine liberale Partei, die das Verständnis für die Landwirtschaft verloren habe, werde keinen Boden beim Volke finden. — Abg. Deser (Hospitant der freis. Volksp.) fand, daß man jetzt in den Kreisen der Landwirtschaft von der Unterschätzung des Handels zurückkomme. Der Handel schaffe die beste Verwertung der Produkte. Seine Freunde würden zur Förderung des landwirtschaftlichen Schulwesens alles beitragen. Was der Minister über die gesetzmäßige Verschuldungsgrenze gesagt habe, scheine aber auf ein bedenkliches Experiment hinauszulaufen. Wer fleißig und sparsam sei, werde am besten zur Entschuldung kommen. Redner wandte sich dann gegen die Bemerkung des Ministers über die Presse, der aus einem Einzelfalle heraus generalisiert habe. Von den Handelsverträgen hoffe er, daß sie eine starke Benachteiligung unserer Exportindustrie nicht mit sich bringen werden. Es wäre geradezu wahnsinnig, wenn wir den Wert einer blühenden Landwirtschaft nicht anerkennen würden. Nur könnten seine Freunde den hohen Zöllen, wodurch die Lebenshaltung der Industriearbeiter herabgedrückt werde, nicht zustimmen. — Landwirtschaftsminister v. Podbielski: Wir müssen die Landwirtschaft wieder zu einer blühenden machen. Die zurzeit bestehenden Handelsverträge sind zweifellos auf Kosten der Landwirtschaft abgeschlossen. (Sehr richtig! rechts.) Wir können solche, die Landwirtschaft schädigende Verträge nicht aufrechterhalten. Durch die Zölle wird keine wesentliche Verteuerung der Lebensmittel bewirkt. Ich hoffe, daß unser Vaterland in der Hauptsache produziert, was wir an Lebensmitteln brauchen. Mit welchen Uebertreibungen man arbeite, beweise der Umstand, daß man ihm in bezug auf die Fleischverteuerung entgegengehalten habe, sein Weg sei gepflastert mit den Leichen der Säuglinge, die nicht mehr ernährt werden könnten. (Heiterkeit.) Mit der inneren Kolonisation müsse der Staat vorgehen in denjenigen Bezirken, in denen der Großgrundbesitz überwiege. Zu einer gesunden Aufteilung könnten wir aber nur kommen, wenn der Staat genügende Domänen besitze. Ohne gesetzliche Festsetzung der Verschuldungsgrenze seien die Bestrebungen der Kleinbesitzer, zu einer Amortisation zu kommen, eine Sisyphus-Arbeit. Für die Bedeutung der Presse habe er volles Verständnis, aber er werde die Brücke der Dementierkunst nicht betreten, denn als Minister Sr. Majestät habe er nur dem Hause Rechenschaft zu geben. (Beifall rechts.) In der Debatte sprachen sich alle Redner über die Notwendigkeit der Landwirtschaft aus, nur meinten die Redner der Linken, daß auf dem Wege der Zölle und geplanten Entschuldung nichts geschehen könne. — Weiterberatung morgen.

Bergarbeiterausstand.

Essen. Von der Belegschaft in den 18 Bergrevieren des Oberbergamtsbezirks Dortmund sind heute angefahren: Im Bergrevier Hamm 232 Mann von 1296, im Revier Dortmund I 2972 von 14031 Mann, Dortmund II 5477 von 18640, Dortmund III 3843 von 16817, Recklinghausen-Ost 2878 von 14992, Recklinghausen-West 1731 von 11026, Witten 2953 von 10949, Hattingen 1492 von 8492, Süd-Bochum 1757 von 9695, Nord-Bochum 3166 von 15273, Herne 3767 von 16387, Gelsenkirchen 2438 von 15221, Wattenscheid 3494 von 15618, Ost-Essen 2244 von 13403, West-Essen 2723 von 16512, Süd-Essen 2333 von 13385, Werden 434 von 2011, Oberhausen 4543 von 26615. Danach sind im ganzen angefahren 47905 Mann von 243263 Mann, mithin fehlten 195658 Mann, gegen 195071 Mann am gestrigen Tage, das ist eine Zunahme der Ausständigen um 587 Mann.

Bochum. (Priv.-Tel.) Bei der Zeche „Bruchstraße“ wurden heute die Ausständigen abgelohnt. Die Kehrscheine wurden fortgeworfen. Auf der Zeche „Neu-Iserlohn“ sind 6 Schichten nicht eingehalten. Die Auszahlungen gehen überall ruhig vor sich. Die Kohlenpreise steigen fortgesetzt.

Bochum. (Priv.-Tel.) Die hiesige Behörde hat das Sammeln von Geld für die Ausständigen in der Weise, daß man mit Sammellisten herumgeht, verboten. Auch jedes andere Kollektieren ist verboten.

Frankfurt a. M. (Priv.-Tel.) Geh. Rat Kirdorf, der Vorsitzende des Kohlensyndikats und Generaldirektor von Gelsenkirchen, äußerte sich über die gegenwärtige Krisis dem Korrespondenten der „Frankf. Ztg.“ gegenüber: Pflicht und Gewissen sagen uns, daß jederlei Verhandlung mit den Arbeitern nur die eine Folge hätte, den gegenwärtigen Konflikt in die Länge zu ziehen und die Streikenden im Widerstande zu bestärken. Die 14 von den Delegierten der Arbeiter uns unterbreiteten Forderungen sind nach unserer aller Ansicht gänzlich unannehmbar, und Verhandlungen darüber wären völlig aussichtslos. Sähen wir die Möglichkeit von Verhandlungen, bei denen irgendetwas herauskommen könnte, so würde man über die rein grundsätzliche Frage der Anerkennung der Gewerkvereins-Vertreter vielleicht hinwegsehen können. Die Bewegung kann nur damit enden, daß die Ausständigen einsehen, bei dem Streik komme nichts für sie heraus, und daß sie sich allmählich den Arbeitswilligen anschließen. Wenn die Regierung und die öffentliche Meinung uns zu Verhandlungen drängen, so mögen sie sehen, wie es kommt. Wir haben alle politischen Parteien gegen uns. Wir dünken uns menschlich nicht mehr als unsere Arbeiter und sehen durchaus nicht auf sie herab. Mit jedem einzelnen wollen wir gern auf ganz gleichem Fuße verhandeln. Wollten wir den Arbeiter-Ausschuß zugestehen, so schüfen wir den Sozialdemokraten in unseren eigenen Betrieben Agitationsherde. Wenn wirklich allgemeine Mißstände vorhanden sind, so kann die Regierung das doch leicht feststellen. Es ist unbegreiflich, daß die Regierungsbeamten noch keinen Auftrag dazu erhalten haben. Der Streik war wohl vorauszusehen, aber erst für das Frühjahr.

Breslau. (Priv.-Tel.) In Oberschlesien hat die Kohlenverladung in den letzten Tagen eine Höhe erreicht, wie nie zuvor. Die Eisenbahnverwaltung hat daher Maßnahmen getroffen, um den noch zu erwartenden starken Verkehr bewältigen zu können.

Brüssel. (Priv.-Tel.) Trotz der Warnung des nationalen Komitees der Bergarbeiter vor einem partiellen Streik ist der seit mehreren Tagen angekündigte Streik gestern in Borinage ausgebrochen. Vorläufig handelt es sich nur um 100 Arbeiter der Grube von „Grande-Hornu“, die eine Lohnerhöhung fordern und die Einfahrt verweigern. Diese Streik-Erklärung hat aber auf die erregten Arbeiter der benachbarten Gruben tiefen Eindruck gemacht. Man befürchtet ein schnelles Umsichgreifen der Bewegung. Manifeste in heftiger Sprache werden verbreitet.

Die Unruhen in Rußland.

Petersburg. (Priv.-Tel.) Das heutige Bild der Residenz ist weniger aufregend. Obwohl die Straßen von Arbeitern überfüllt sind, sieht man dort bedeutend weniger Militär, vor dem Winterpalais überhaupt nicht. Doch verlautet, daß um 5 Uhr Zusammenstöße geplant sein sollen. Die Magazine auf dem Newski-Prospekt werden eiligst geschlossen, viele Fensterscheiben mit Brettern vernagelt. Während der Nacht sind verschiedene große Magazine an der Ecke der Newski- und Wladimirstraße zerstört worden. Die Arbeiter besitzen noch Geldmittel, um den Streik bis Sonnabend auszuhalten. Heute wurden in großen Leichenzügen nach den außerstädtischen Friedhöfen die Opfer der Sonntags-Katastrophe hinausgeleitet.

Petersburg. Heute nacht wurden der Professor Karejeff, die Schriftsteller Peschechonoff und Armensky, sowie die Stadtverordneten Rechtsanwälte Kedrin und Schmitnikoff verhaftet.

Petersburg. (Priv.-Tel.) Die elektrische Straßenbeleuchtung ist teilweise wiederhergestellt. Die Hausbesitzer fordern die Mieter auf, sich Wasservorräte zuzulegen, da die Wasserwerke demnächst außer Betrieb gestellt werden könnten. Die Petroleumpreise sind noch immer stark im Steigen begriffen. Die Hospitalverwaltungen, die Aufseher der Leichenhäuser und Polizeikommissare bestätigen, daß gestern 2000 Personen getötet und 5000 verwundet wurden. — Vorgestern abend veranstaltete der Verein der Lehrer in Nischni-Nowgorod in Wohltätigkeitsfest. Als dieses seinen Höhepunkt erreicht hatte, erschienen plötzlich 70 Schutzleute im Ballsaale, die auf das Publikum mit den Säbeln losschlugen. Hunderte wurden verwundet. Der Polizeimeister hatte geglaubt, daß es sich um eine revolutionäre Versammlung handle. Auf Befehl des Ministers des Innern ist strenge Untersuchung angeordnet.

Petersburg, 5½ Uhr abends. Auf dem Newski-Prospekt und in den anliegenden Straßen ist die Haltung des Publikums unruhig. Alle Fenster der Erdgeschosse sind durch Bretter verschlossen. Kosaken verfolgten eine Menge von Arbeitern und schlugen mit Säbeln auf sie ein. Einige Arbeiter wurden verwundet. Die Arbeiten an der Zentralstation der belgischen elektrischen Gesellschaft sind eingestellt. Diese Gesellschaft hat die meisten Beleuchtungsabonnenten.

Petersburg. (Priv.-Tel.) Die Regierung ist von der Polizei benachrichtigt worden, daß für heute gegen die meisten öffentlichen Gebäude Dynamit-Attentate geplant sind. Infolge dessen sind umfassende Vorsichtsmaßregeln getroffen worden. Weiter wurde die Regierung davon in Kenntnis gesetzt, daß bei den Aufständischen der Plan besteht, die Hauptstadt völlig zu isolieren, indem die telegraphischen und telephonischen Leitungen zerschnitten werden. Die Bewegung greift nunmehr auch auf die Provinzen über. Die Aufständischen beabsichtigen, die Eisenbahn nach Zarskoje-Selo zu besetzen, um den Zaren zu isolieren. Eine Kolonne von 50000 Arbeitern, mit Waffen und Dynamit versehen, marschiert gegen Petersburg. Auch eine Kolonne Arbeiter aus Kronstadt ist im Anmarsch begriffen.

Petersburg. (Priv.-Tel.) Die Läden der Waffenhändler wurden geschlossen und die Waffen unter polizeilicher Aufsicht nach den Kellerräumen gebracht. Die Arbeiter verfügen aber aller Wahrscheinlichkeit nach bereits über eine große Anzahl Gewehre, da es ihnen gelang, Waffendepots der Regierung außerhalb des Militärviertels zu erstürmen und in einem Depot 1800 Gewehre zu erbeuten. Sie drangen bis nach Seitroretsk, nahe der finnländischen Grenze vor, bevor der Befehlshaber der vorgeschobenen Truppen sie bemerkte. Die Waffendepots enthielten auch Patronen.

Petersburg. Die in den Kassen der Arbeiter vorhandenen Mittel sind unbedeutend, nur die Narvasche Abteilung des Arbeiterklubs, der nächsten an der Putilow-Fabrik, hat in ihrer Kasse 15000 Rubel. Den Bedürftigen werden nur ganz begrenzte Summen ausbezahlt. Die gebildeten Stände setzen die Sammlung von Mitteln für die Verletzten fort. Verhaftungen aus Arbeiterkreisen sind noch nicht vorgekommen. Die Führer der Arbeiterbewegung befinden sich auf freiem Fuße. Wassiliew, der als Vertreter der Abteilung des Arbeiterklubs den Priester Gapon am Sonntag begleitete, ist getötet, drei Gehilfen Gapons verwundet.

Petersburg. (Priv.-Tel.) Das Liberale Komitee, das sich an alle Botschaften um Intervention zugunsten der Aufständischen wandte, hofft, der Botschafter der Vereinigten Staaten werde mit dem Großfürsten Wladimir konferieren und ihn von einer exemplarischen Bestrafung der das Volk irreführenden Personen abzuhalten versuchen. Die Aktion des Liberalen Komitees wird sehr erschwert durch die Gegenaktion der Geheimpolizei, welche geschickt verbreitet, daß 48 Millionen Francs japanischen Geldes den Streikfonds bildeten.

Moskau. In einer Vorstadt Moskaus sammelten sich im Laufe des Nachmittags kleine Gruppen von Arbeitern an. Im Zentrum und in der Kremlstadt herrscht vorläufig Ruhe. Die Haltung des Publikums, sowie der Gang der Geschäfte sind normal.

Wilna. Die hiesigen Arbeiter sind in den Ausstand getreten. Die Stadt ist ruhig.

Lodz. (Priv.-Tel.) Hier steht der Ausbruch eines Generalstreiks bevor. Die Garnison ist konsigniert.

Breslau. (Priv.-Tel.) Wie der „Schles. Volks-Ztg.“ aus Radom gemeldet wird, befindet sich die Stadt in einem belagerungsartigen Zustande. Militärpatrouillen mit scharf geladenen Gewehren, Gendarme und Polizisten mit blanker Waffe durchziehen die Straßen und versuchen, die zusammengerotteten Reservisten, Arbeiter und Sozialisten durch in Menge abgegebene Salven auseinander zu treiben. Das Volk schießt auf Militär und Polizei. Drei Offiziere wurden erschossen und einige Baulichkeiten durch Dynamit in die Luft gesprengt.

London. (Priv.-Tel.) Aus Helsingfors wird gemeldet, daß auch in Finnland die Revolution ausgebrochen sei. Zahlreiche Mitglieder der Kammer und der Aristokratie, sowie der Bürgerschaft hätten sich an die Spitze der revolutionären Bewegung gestellt.

London. (Priv.-Tel.) Montag, abends ½8 Uhr, wurde, wie „Daily Mail“ aus Petersburg meldet, unter eine Abteilung Soldaten an der Ecke der Sadowaja- und der Wosnessenski-Straße eine Bombe geworfen, die mehrere Soldaten tötete.

London. (Priv.-Tel.) Das große Marinedepot in Sebastopol ist, wie dem „Daily Expreß“ telegraphiert wird, durch einen revolutionären Akt der Matrosen der Schwarzen-Meerflotte zerstört worden. Sie beklagen sich, daß sie von ihren Offizieren systematisch um Sold und Essen betrogen würden. Die Admiralität hatte beschlossen, eine Anzahl Hütten vor der Kaserne niederzureißen, die von armen Familien, darunter vielen Verwandten der Matrosen, bewohnt werden. Der Gouverneur fürchtete eine Meuterei und bat den Admiral Tschuschnin, die Matrosen während der Abbruchsarbeiten in der Kaserne zurückzuhalten. Als die Leute frühmorgens die Kasernentore verschlossen fanden, durchbrachen die gesamten 8000 Mann die Tore und stürzten nach den Offiziers-Wohnungen mit den Rufen: „Nieder mit Tschuschnin! Nieder mit dem Kriege! Nieder mit der Autokratie!“ Die Leute hatten eiserne Gitterstangen aus dem Boden gerissen und brachen damit in die Wohnungen der unbeliebtesten Offiziere ein. Mehrere Offiziere erhielten schwere Verletzungen. Dem einen wurde der Schädel gespalten, andere erlitten Armbrüche. Die übrigen Offiziere flohen in das Innere der Stadt. Die Meuterer steckten die Offiziersgebäude in Brand. Dann stürzten die Matrosen nach dem Hauptquartier des Marinestabes. Der Admiral sandte ihnen eine Infanterie-Abteilung unter einem Unteroffizier entgegen, der Befehl hatte, auf die Meuterer zu schießen. Er verweigerte dies jedoch, da sein Bruder unter den Meuterern war. Er wurde sofort verhaftet. Hierauf kam ein Offizier und befahl den Leuten, eine Salve abzugeben. Die Soldaten feuerten jedoch über die Köpfe der Meuterer hinweg, von denen keiner verletzt wurde. Nun erhielten die Soldaten Befehl, in die Kaserne zurückzukehren. Dies war das Signal zu einer Meuterei des in der Kaserne zurückgebliebenen Militärs. Eine andere Infanterie-Abteilung wurde nun gegen die Matrosen entsandt. Sie feuerte gleichfalls über die Köpfe hinweg. Ein Offizier schoß jedoch einen Matrosen mit seinem Revolver nieder. Darauf wurde das Bialystocker Regiment nach der Marine-Kaserne entsandt. Der Oberst hielt eine Ansprache an das Regiment und erinnerte es an seinen Treueid; die Soldaten erklärten jedoch, es wäre unnütz, sie zu entsenden, sie würden nicht feuern. „Wenn wir schießen,“ schrien sie, „werden die Offiziere unsere Scheiben sein!“ Unter diesen Umständen wagten die Offiziere es nicht mehr, Befehle zum Feuern zu geben. Die Meuterer setzten unterdessen sämtliche Marine-Arsenale in Brand. Die Feuersbrunst wütete stundenlang. Der Schaden ist unberechenbar.

Russisch-japanischer Krieg.

Tschifu. Ein Flüchtling, der aus Port Arthur mit einem Dampfer hier angekommen ist, hat eine Abschrift von Stössels letzter Proklamation an die Besatzung, datiert vom 2. Januar, gebracht. Die Proklamation wirft einen Rückblick auf die glorreichen Leistungen der Besatzung, sie weist darauf hin, wie die Einschließung durch die Japaner langsam, aber unwiderstehlich enger geworden sei, so daß weiterer Widerstand Mord gewesen wäre. „Es ist nicht schwer, für sein Land zu sterben,“ heißt es in der Proklamation weiter, „aber ich muß mutig genug sein, die Festung zu übergeben, die ihr Werk getan hat. Es ist keine Flotte mehr da, die geschützt werden muß. Eine große Armee der Japaner ist vernichtet und dadurch außer Stand gesetzt worden, gegen Kuropatkin zu kämpfen.“

Berlin. Der Direktor der Kriegsakademie, Generalleutnant Litzmann, erhielt das Großkreuz des Sächsischen Albrechtsordens.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der Bildhauer Professor Rudolf Siemering ist gestern im Alter von 70 Jahren an den Folgen einer Lungenentzündung nach langem Krankenlager gestorben.

Berlin. (Priv.-Tel.) Wie verlautet, soll in der nächsten Zeit eine direkte drahtlose Verbindung zwischen Berlin und Wien von der Gesellschaft für drahtlose Telegraphie nach dem System Telefunken angebahnt werden. Die bisherigen Versuche von der Riesenstation in Oberschönweide aus sind zur völligen Zufriedenheit ausgefallen.

Leipzig. (Priv.-Tel.) Eine Versammlung der Müller und Mühlenarbeiter stimmte einer Resolution zu dahingehend, bei der Neuregelung der Sonntagsruhe im Mühlengewerbe dem von einem Teile der Arbeitgeber gestellten Verlangen, mehr Ausnahmen für die Beschäftigung der Gehilfen an Sonntagen zuzulassen, nicht stattzugeben, vielmehr die vollständige Sonntagsruhe einzuführen. — Das hiesige Schwurgericht verurteilte wegen Münzverbrechens den 38 Jahre alten Schuhmacher Herrmann aus Penig zu 3 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust.

Leipzig. (Priv.-Tel.) Die Meldung von der Verhaftung des früheren Direktors der Trikotagenfabrik, Rotte, bestätigt sich nicht.

Hamburg. (Priv.-Tel.) Das Gnadengesuch der zum Tode verurteilten Engelmacherin Wiese wurde vom hiesigen Senat abgelehnt.

Malchin (Mecklenburg). (Priv.-Tel.) Vier junge Leute, Handwerksgesellen aus Basedow, brachen auf dem Malchiner See beim Eislauf auf dem Wege nach der Zuckerfabrik Dahmen durch die dünne Eisdecke und ertranken.

Darmstadt. (Priv.-Tel.) Der Einzug der Braut des Großherzogs von Hessen, Prinzessin von Solms-Lich, in Darmstadt erfolgt am 31. Januar nachmittags. Die Vermählung des Fürstenpaares vollzieht am Nachmittage Prälat Walz.

Detmold. Der Landtag wurde heute eröffnet. Der Präsident gab in seiner Ansprache der Hoffnung Ausdruck, daß das Land endlich nach allen Seiten Ruhe und Frieden erhalten werde, wozu begründete Aussicht vorhanden sei. Die feierliche Eröffnung des Landtages durch den Regenten erfolgt morgen mittag. Donnerstag werden die den Abgeordneten zugegangenen Vorlagen beraten.

Breslau. (Priv.-Tel.) Graf Georg zur Lippe-Biesterfeld-Weißenfels hat an den Bundesrat neuerdings folgende Eingabe gerichtet: „Baruth (Sachsen), 15. Januar 1905. Durch den Tod Sr. hochfürstlichen Durchlaucht des Fürsten Alexander zur Lippe, den ich hiermit auch meinerseits dem Bundesrat zur Anzeige bringe, ist die bisher im Fürstentum Lippe regierende Linie meines Hauses erloschen. Da die Thronfolge-Berechtigung der nach der Primogenitur-Ordnung nichtberechtigten Linie Lippe-Biesterfeld seitens Seiner Hochfürstlichen Durchlaucht des Fürsten zu Schaumburg-Lippe angefochten ist, würde ich als Haupt der Linie Biesterfeld-Weißenfels, nach etwaigem Ausscheiden der Linie Lippe-Biesterfeld, zur Thronfolge berufen sein. Mit Rücksicht auf die gegenwärtige Lage des Thronfolgestreits halte ich es für geboten, wiederholt ausdrücklich und feierlich mein Recht auf die Thronfolge zu verwahren. Der etwa ergehende Schiedsspruch auf Grund eines Schiedsvertrags, an dem ich und meine Linie nicht beteiligt sind, kann meiner und meiner Linie Rechte auf den Thron nicht präjudizieren. Sollte der Schiedsspruch die Linie Lippe-Biesterfeld für nicht thronberechtigt erklären, so wäre nach dieser Entscheidung nicht das Fürstenhaus Schaumburg-Lippe, sondern ich selbst und meine Linie zum Throne berufen. Die volle Geltendmachung dieses meines Rechtes behalte ich mir vor, nachdem der Schiedsspruch ergangen sein wird. Georg, Graf und Edler Herr zur Lippe-Biesterfeld-Weißenfels.“

Breslau. (Priv.-Tel.) Nach einer Mitteilung der „Oberschlesischen Grenz-Ztg.“ wurde in den letzten Tagen das in Beuthen garnisonierende 3. Bataillon des 22. Infanterie-Regiments wiederholt alarmiert, um zu militärischen Uebungen an der russischen Grenze auszurücken. Zum Teil wurden die Uebungen bei Nacht abgehalten. Sie werden als Vorübung für eine Grenzbesetzung angesehen, die eintritt, sobald der Aufruhr in Russisch-Polen größere Ausdehnung gewinnt.

Wien. Das Abgeordnetenhaus ist heute wieder zusammengetreten. Das Haus ist gut besucht, das Kabinett vollzählig erschienen. Nach Erledigung der Formalien ergreift Ministerpräsident Freiherr v. Gautsch bei lautloser Stille das Wort und erklärt, das Bestreben der Regierung werde vor allem darauf gerichtet sein, wichtige und dringliche Vorlagen im verein beider Häuser des Reichsrats der Erledigung zuzuführen. Ohne die Stellung der Regierung im Hause zu überschätzen, glaube er, aus gewissen Anzeichen hoffen zu dürfen, daß das Haus nunmehr in die von der Bevölkerung ersehnte Periode der Arbeit eintreten werde, damit die Erwartungen sich rechtfertigen, die der Staat und die Bürger mit Recht an die verfassungsmäßigen Einrichtungen knüpfen. Die Arbeitsfähigkeit des Hauses bilde nicht nur ein eminentes staatliches Interesse, sondern komme in erster Linie dem Hause selbst zu statten. Nur ein aktives Parlament erreiche seine Rechte, um seinen ihm gebührenden Einfluß auf die Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten in vollem Maße wahrzunehmen. Dann würden auch die Befürchtungen schwinden, es könne, trotz der pflichtmäßigen entschiedensten Vertretung der österreichischen Interessen, das Gleichgewichts-Verhältnis innerhalb der Monarchie gestört oder der Schwerpunkt zuungunsten Oesterreichs verschoben werden. (Lebhafter Beifall.) Hätten sich aber die Parteien des Hauses wieder zur gemeinsamen Tätigkeit zusammengefunden, dann scheine auch die Voraussetzung gegeben, um eine Lösung jenes größten Problems der österreichischen Politik mindestens anzubahnen, von welchem allein eine dauernde Gesundung der